



Vom Fluss getrennt. Das Stadtzentrum von Frankfurt liegt auf der einen Seite der Oder, auf der anderen Seite ist die polnische Stadt Slubice zu sehen. Die Bürgermeister beider Städte sind befreundet.
Foto: Patrick Pleul/dpa

Auferstehung Ost

Bevölkerungsschwund, Baseballschlägerjahre, Chipfabrikpleite: Frankfurt (Oder) hat viel durchgemacht seit 1990. Nun will die Stadt an der polnischen Grenze wieder eine Wende schaffen – mit dem Zukunftszentrum Deutsche Einheit

VON MARION KAUFMANN,
FRANKFURT (ODER)

Manel Bedoui hat sich geirrt. Jetzt sitzt sie hier, im tiefsten Osten. Die 32-jährige Ärztin stammt aus Tunis, hat zeitweise in Paris gelebt. Die Arbeitsvermittlung rief an, bot ihr einen Job in Deutschland: „Frankfurt, oder?“ Sie sagte zu – und reiste nach Frankfurt am Main. „Ich wusste nicht, dass es ein Frankfurt an der Oder gibt“, sagt die junge Frau. Seit zwei Jahren arbeitet sie nun im Klinikum Markendorf als Notärztin, 24-Stunden-Schichten, später Feierabend. „Was soll ich machen, Mittwochabend um 20 Uhr in Frankfurt (Oder)“? Sie ist unsicher, ob sie hierbleiben will. Aber sie möchte der Stadt eine Chance geben. Sonst wäre sie nicht hergekommen zur Frankfurt-Slubicer Zukunftskonferenz, bei der Bürger von diesseits und jenseits der Oder über die Entwicklung der Doppelstadt beraten wollen.

Die Türen in der Frankfurter Konzerthalle, unweit der Brücke, die ins polnische Slubice führt, stehen weit offen. Ein Schwall frischer Luft strömt in den Saal. René Wilke, dunkle Jeans, weißes Hemd, keine Krawatte, läuft auf die Bühne. Die Zuhörer klemmen sich Hörer ans Ohr, wählen Deutsch oder Polnisch. Die Konferenz wird simultan gedolmetscht. „Wenn wir das Zukunftszentrum bekommen, wird das die Stadt massiv verändern“, sagt Wilke, hinter sich eine gewaltige Orgel, die ihn ein bisschen wie einen Heilsbringer aussehen lässt.

2003 ist er gestorben, der Aufschwung Ost. Jetzt, 31 Jahre nach der Wiedervereinigung, soll er auferstehen. Als vor 18 Jahren das Milliardenprojekt Chipfabrik in Frankfurt (Oder) scheiterte, entrollte der damalige CDU-Oberbürgermeister Martin Patzelt vor der Baustelle ein Transparent: „Hier stirbt der Aufschwung Ost!“ 1200 Arbeitsplätze, solvente Mieter für leerstehende Plattenbauten, Steuereinnahmen – perdu.

René Wilke will Mitte kommenden Jahres ein anderes Plakat entrollen: „Hier entsteht das Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit.“

Die Stadt Frankfurt (Oder) mit dem Linken Wilke an der Spitze bewirbt sich als Standort für das Zentrum. Eine Kommission unter Leitung des Ostbeauftragten Marco Wanderwitz (CDU) und Brandenburgs früherem SPD-Ministerpräsidenten Matthias Platzeck schlug vor, dass es bis 2027 in Ostdeutschland gebaut werden soll.

Das Zentrum solle „weder ein DDR-Museum noch irgend so etwas wie eine Seelendoktorei“ werden, sondern den Blick nach vorn richten, sagte Wanderwitz. Umbrucherfahrten im Osten sollen dort erlebbar gemacht werden, um Zukunftsfragen wie den Klimawandel in

europäischer Zusammenarbeit anzugehen. Für Frankfurt (Oder), für ganz Brandenburg, wäre der Zuschlag ein Coup. Etwa 200 Millionen Euro will der Bund investieren. 200 Arbeitsplätze sollen entstehen. Jährlich eine Million internationale Besucher soll das Zentrum anlocken, das nicht nur Forschungsstätte, sondern Begegnungs- und Kulturort werden soll. Eine Belebung, die Manel Bedoui zum Bleiben bewegen könnte. An der Europa-Universität Viadrina gebe es Studenten mit 80 verschiedenen Nationalitäten. „Wo sind die?“, fragt sie. Viele pendeln, wohnen lieber in Berlin. Multikulturelles



René Wilke (Linke) ist seit 2018 Oberbürgermeister der Stadt

Leben, Minijobs – das fänden die Jungen nur begrenzt in Frankfurt (Oder), stimmt Irene Brocks ihr zu.

Sie weiß es von ihren eigenen Kindern, die in der Hauptstadt wohnen. Mit dem Zukunftszentrum, glaubt die Pfarrerin, „wären viele Probleme auf einen Schlag gelöst“. „Das wäre ein Anziehungspunkt, die Welt würde sich hier treffen.“ Die Kinder zurückkommen? Aber so einig fehlte noch, um der Welt den Weg an die Oder zu eröffnen. Brocks klebt Zettel an die Pinnwand. Ein ordentliches Hotel, mehr schnelle Zugverbindungen, vielleicht sogar ein kleiner Flughafen.

„Da gibt es doch diese coole europäische Stadt an der Oder.“ Wenn Berlinbesucher irgendwann automatisch diesen Satz sagen und für eine Übernachtung nach Frankfurt (Oder) reisen würden, dann, sagt René Wilke, könnte seine Stadt richtig profitieren.

Neue Geschäfte würden sich ansiedeln, Gastronomie. Wissenschaftler, Kulturschaffende, die am Zentrum arbeiten, kämen gar nicht erst auf den Gedanken, woanders zu wohnen. Der Rathauschef, der beim Scheitern der Chipfabrik 19 Jahre alt war, setzt seine ganze Hoffnung in die Bewerbung der einst stolzen Hansestadt, die in ihrer Geschichte nicht erst seit 1990 viele Abs erlebt hat und nun die Wende hinbekommen will.

1945, wenige Wochen vor Kriegsende, verbrennt das Stadtzentrum fast völlig. Die Stadt wird geteilt, die Oder zur Mauer. Auf dem Ostufer wird die neue polnische Stadtgemeinde Slubice gegründet, Menschen aus verschiedenen Teilen des Vorkriegsterritoriums werden dort angesiedelt. Ein Bevölkerungsaustausch.

Die späteren Brüche nach der Wende hat der 37-jährige Wilke miterlebt. Sein Vater war Chemiker im Halbleiterkombinat, dem größten Mikroelektronikerher-

ler der DDR. Zuletzt arbeiteten 8000 Mitarbeiter im Werk der Bezirksstadt.

Doch nach 1989 erwiesen sich die Frankfurter Mikrochips als nicht weltmarktfähig. Tausende verloren über Nacht ihre Jobs – und die Stadt verlor massiv an Bewohnern. Lag die Einwohnerzahl 1988 noch bei einem Höchststand von 88 000, leben heute nur noch rund 57 000 Menschen hier.

Wilkes Familie ging 1990 für fünf Jahre nach Moskau, in die Heimatstadt seiner Mutter. Sie fand Arbeit in der Poststelle der deutschen Botschaft. Der Vater kam bei einer Westfirma unter, die auf dem russischen Markt agierte.

Die Sommerferien, erzählt Wilke, habe er immer Frankfurt (Oder) verbracht. Die Familie hatte die Wohnung dort nie aufgegeben – und kam schließlich ganz zurück, auch wenn es für die Eltern nicht einfach wurde. ABM, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Auch Stephan Klopsch kam zurück. Aus Berlin. Der 51-Jährige steht hinter dem Tresen seines Cafés „Brot und Zucker“ am Frankfurter Brunnenplatz und schneidet Quiche in Stücke. „Ich leg' dir drei Euro hin, Herzchen“, sagt ein älterer Stammkunde und nimmt seinen Kaffee.

Um die Mittagszeit ist das Café gut besucht. Klopsch preist einer Frau Mitte 30 seinen selbstgemachten Auflauf mit Walnüssen und Rosinen an. Er ist gebürtiger Frankfurter, war einer der ersten Studenten an der 1991 neu gegründeten Viadrina. Matrikelnummer 32. Nach dem BWL-Studium ging er 1996 nach Berlin, „was mit Film“. In die Metropole, bloß weg. In der Überzeugung, sein Kind im ruhigeren Frankfurt großziehen zu wollen, kehrte er 2008 zurück, eröffnete mit Anschubfinanzierung sein Café. „Ich gab mir ein Jahr“, sagt Klopsch.

Seit zwölf Jahren gibt es sein Café im Ein-Mann-Betrieb nun schon, das mit seiner Wohnküchenatmosphäre, den spanischen Fliesen auf der Theke und dem Foto mit Travestiestar Lilo Wanders an der Wand auch nach Berlin-Friedrichshain oder Kreuzberg passen würde. Nur: Am Wochenende ist es zu, wochentags

schließt es um 18 Uhr. Also wohin, Mittwoch 20 Uhr in Frankfurt an der Oder?

René Wilke sagt, dass er anfangs auch Bauchschmerzen gehabt habe wegen der Bewerbung. „In Frankfurt kannst du dich nicht mehr vor die Leute stellen und Hoffnungen wecken – und dann geht es schief.“ Eine Bewerbung als Europäische Kulturhauptstadt oder für die Landesgartenschau haben sie verworfen. Der Effekt wäre nicht von Dauer gewesen.

Nicht bezahlbar zudem, der Eigenanteil für Kommunen ist anders als beim Zentrum bei solchen Projekten hoch. Die Stadt plagen Schulden von knapp 60 Millionen Euro. Bei Wilkes Amtsantritt 2018 waren es noch 120 Millionen.

Als Wilke die Oberbürgermeisterwahl klar gegen den parteilosen Amtsinhaber gewann, war er der jüngste Oberbürgermeister und der erste seit 1990 mit linkem Parteibeitrag in Brandenburg. Zuvor saß er vier Jahre im Landtag, mit Direktmandat. Der Wilke sei „ein guter Mann“, soll SPD-Ministerpräsident Dietmar Woidke über ihn gesagt haben, „nur leider in der falschen Partei.“ In seiner Partei eckt der Kommunalpolitiker an.

Als eine Gruppe Flüchtlinge 2018 die Disko „Frosch“ überfiel, brachte Wilke Ausweisungsverfahren gegen acht Intensivtäter auf den Weg. Als Linker! Vor der Bundestagswahl sagte er in einem „taz“-Interview, er könne keiner Partei empfehlen, mit der Linken zu koalieren, der es an Kompromissbereitschaft fehle.

Kompromisse finden, Brücken bauen, darum gehe es in Frankfurt jeden Tag. Bei der Vorstellung der Bewerbung im Mai in Potsdam ist auch Slubices Bürgermeister Marius Olejniczak dabei. Er spricht von „seinem Freund“ René Wilke.

Das Bild von Wilke und Olejniczak, die sich bei der Grenzöffnung nach dem Lockdown (regelwidrig) auf der Oderbrücke in den Armen liegen, ging durch die Presse. Das heiße nicht, dass es keine Unterschiede gäbe, so Wilke. Beispiel Frankfurt-Slubice-Pride. Während er beim CSD mitläuft, komme das für seinen Amtskollegen im konservativ geprägten Polen nicht in Frage.



Europa im Plattenbau. Das Verbindungshaus „fforst“ ist eine internationale Hausgemeinschaft. „Hier fängt Europa an“ steht an den Terrassen, auch in Polnisch und Englisch.
Foto: Marion Kaufmann

„Die meinen uns!“ Das sei sein erster Gedanke gewesen, als er die Ausschreibungskriterien für das Zentrum gelesen habe, sagt Wilke. Die Bauchschmerzen transformiert er: Schon allein der Bewerbungsprozess bringe die Stadt weiter.

Bei der Konferenz Mitte September, die ein Testlauf ist für eine große Bürgerversammlung am 3. Oktober im Kleistforum am Platz der Einheit, geht es um Fragen, die das Zentrum einmal erforschen soll. Themen, die trotz unterschiedlicher Einstellungen der Staaten nur gemeinsam gelöst werden können. Demokratiestärkung, Digitalisierung, Klima. „In den nächsten 20 bis 25 Jahren werden wir in Frankfurt die Klimazone von Canberra haben“, sagt Wilke.

Wie also können Städte widerstandsfähig gegen die Klimakrise gemacht werden? Und wie sieht modernes Wohnen aus? Nach der Wende wurde Wohnraum abgerissen. Nun werde er wieder gebraucht, „in anderer Qualität“, meint er.

Allein durch die Tesla-Ansiedlung im 60 Kilometer entfernten Grünheide rechnet die Stadt mit 400 Zuzüglern. Die Konferenzbesucher werden eingeteilt. Die eine Hälfte soll so planen, als bekäme Frankfurt das Zentrum, die andere, als ginge der Zuschlag an eine andere Stadt.

Die Konkurrenz ist groß. Leipzig als Stadt der ersten Montagsdemos gilt als heißer Kandidat. Halle (Saale) und Magdeburg sind im Rennen, auch thüringische Städte wollen sich bewerben. „Frankfurt (Oder) wäre ein hervorragender Standort auch aufgrund der Nähe zu unseren polnischen Nachbarn“, sagt Brandenburgs Ministerpräsident Woidke, der Polenbeauftragte der Bundesregierung.

Die Stadt erhofft sich auch Unterstützung aus Berlin. SPD-Wahlsiegerin Franziska Giffey ist in Frankfurt (Oder) geboren, der bisherige linke Kultursenator Klaus Lederer dort aufgewachsen. Auch aus Mecklenburg-Vorpommern wäre ein Votum pro Brandenburg nützlich.

SPD-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig ist in Frankfurt (Oder) geboren, hat dort in der Finanzverwaltung gearbeitet. Brandenburgs Wissenschaftsministerin Manja Schüle (SPD), mit 45 jüngstes Mitglied im Woidke-Kabinetts, sagt: „Das Zukunftszentrum muss nach Frankfurt (Oder).“

Auch sie ist dort aufgewachsen, bei ihrer alleinerziehenden Mutter. „Platte, wie im Film ‚Halbe Treppe‘ von Andreas Dresen.“ Ein Jahr nach Dresens „Halbe Treppe“, 2003, im Jahr der Chipfabrikpleite, kam „Lichter“ des westdeutschen Regisseurs Hans-Christian Schmid heraus. Der Film zeigt das Leben der kleinen Leute an der Oder. „Es ist wie im wirklichen Leben. Die Guten sind selten

die Gewinner. Aber ich sehe Hoffnung“, sagte Schmid. Frankfurt (Oder) hat nicht nur Hoffnung, sondern einen Trumpf: Von der einstigen Grenzstadt am östlichen Rande Deutschlands ist sie zur europäischen Doppelstadt „Ohne Grenzen. Bez granic“ geworden.

Mit der Europa-Universität gibt es eine in Mittel- und Osteuropa bestens vernetzte Forschungseinrichtung, die die Werbung stützt. Die Viadrina sei „selbst Kind des innerdeutschen Einigungs- und des europäischen Transformationsprozesses“, findet Präsidentin Julia von Blumenthal.

Sie sei „elektrisiert“ gewesen, als sie von der Ausschreibung gehört habe, sagt sie in ihrem Büro unweit von Rathaus und Oder. Auf dem Weg von der Viadrina zur Oderbrücke liegt das Verbindungshaus „fforst“, eine internationale Hausgemeinschaft. Auf dem Sims des Plattenbaus steht eine Freiheitsstatue in Pink, in der Hand statt der Fackel eine Europa-fahne. „Hier fängt Europa an“ steht auf einer Terrassenverkleidung, auch in Polnisch und Englisch.

„Wir haben das gelebte Europa hier“, sagt Tomasz Pilarski. Der 45-Jährige ist in Slubice geboren, wohnt dort, leitete zehn Jahre das polnische Kulturzentrum Smok. Inzwischen pendelt Pilarski, der wie Wilke an der Viadrina studiert hat (letzterer aber ohne Abschluss) täglich über die Brücke. Er ist jetzt für Tourismus und Stadtmarketing in Frankfurt zuständig.

Auf seinem Smartphone zeigt Pilarski ein Foto, das Passbild einer jungen Frau auf vergilbtem Papier. Der VEB-Werkausweis seiner polnischen Oma. Sie hat schon zu DDR-Zeiten die Grenze passiert, um im Halbleiterwerk zu arbeiten. „Das Zentrum landet nicht in einer Wüste“, sagt Pilarski. Er zeigt den prallgefüllten Kulturkalender.

„Das Frankfurt von heute ist nicht mehr das aus den 90ern und auch nicht mehr das von vor zehn Jahren“, sagt er. Aber manche Bilder halten sich. Das der Baseballschlägerjahre, die der 1979 in Frankfurt (Oder) geborene „Zeit“-Journalist und Autor Christian Bangel in seinem Roman „Oder Florida“ beschreibt: die Zeit der rechtsextremen und rassistischen Gewalt in den 90ern.

„Das war wirklich so“, sagt René Wilke. Als linker Jugendlicher habe man sich abends nicht allein vor die Tür getraut. „Wir wurden durch die Straßen gejagt von den Neonazis.“

Heute ist die Mauer an der Oder mit Graffiti besprüht. „Antifa Area“ steht da und, unweit der Konzerthalle, „Ossis gegen Rechts“. Sie fühle sich in Frankfurt (Oder) nicht bedroht, nicht unwohl, sagte Manel Bedoui. Aber mehr Angebote für Leute unter 40 jenseits des Kulturkalenders, Bars, Restaurants, das würde sie sich wünschen.

Am Oderufer dreht sich ein Riesenrad. Daneben eine Imbissbude mit der Aufschrift „Little Berlin“.